

# Vorwahlstimmung in Italien

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337442>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Vorwahlstimmung in Italien

Seit Begründung der italienischen Republik, nach dem Zusammenbruch des Faschismus, ist zum erstenmal die Gruppierung der politischen Parteien unmittelbar vor einer Parlamentswahl gründlich verändert. Während in den ersten Jahren der Republik die politische Rechte und die tragende Staatspartei der Christlichen Demokraten einer von den Kommunisten beherrschten Linken gegenüberstand, steht diesmal die Wahl im Zeichen der Politik der sogenannten Linken Mitte. Die Sozialistische Partei, nach ihrem langjährigen Führer Pietro Nenni meist als die Partei der «Nenni-Sozialisten» benannt, schwamm in der Nachkriegszeit völlig im Fahrwasser der Einheitsfront mit den Kommunisten. Es gab Zeiten, in denen die kommunistischen Kaderleute sogar innerhalb des Organisationsgefüges der PSI den Ton angaben und das offizielle Parteiorgan «Avanti» ein unlesbares Mitteilungsblatt des Stalinismus geworden war. Dies war auch der Grund, warum eine Gruppe demokratischer Sozialisten unter der Führung von Giuseppe Saragat sich von der PSI trennte. Sie heißt heute Sozialistische Demokratische Partei (PSDI) und ist maßgeblich an der gegenwärtigen Regierung des Christdemokraten Fanfani beteiligt.

Viel hat sich seither in Italien gewandelt. Nach dem ungarischen Aufstand begann in der PSI ein zwar langsamer, aber nunmehr doch ausgereifter Prozeß demokratischer Selbstbesinnung, der zur Existenz zweier sich heftig befehdender Richtungen führte. Dabei entstand der eigentümliche Ausdruck «Carristi» für jene kommunistenfreundliche Richtung, die da meinte und noch meint, der Einsatz russischer Panzer (Panzerwagen = carro armato) gegen die ungarische Revolution sei richtig und politisch vertretbar gewesen. Aber die «Carristi» in der Sozialistischen Partei sind in den letzten anderthalb Jahren nicht nur in die Minderheit geraten. Sie haben auch an Kraft des Ausdrucks verloren, sie sind heute in der Defensive. Es geht dabei keineswegs nur um Ungarn oder die von den Kommunisten nach wie vor proklamierte unbedingte politische Führungsrolle der Sowjetunion. Es geht eigentlich darum, daß insbesondere die jüngere Generation in der Sozialistischen Partei der Sterilität ihrer Organisation auf parlamentarischem Gebiet müde geworden ist. Sie sucht neue Perspektiven, will die Partei als mitbestimmend im politischen Spiel des Landes sehen.

Parallel hierzu, aber doch unter ganz anderen Vorzeichen, hat sich in der Christdemokratischen Partei eine «linke» Orientierung durchgesetzt. Mit Ausnahme der Kommunisten haben alle italienischen politischen Parteien organi-

sierte Richtungen, über deren Entschließungen die Parteitage abstimmen und den entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der leitenden Körperschaften der Parteien ausüben. Bei den Christdemokraten sind es nicht weniger als sechs Richtungen, die auf dem letzten Parteitag in Neapel in Erscheinung traten. Die Linke und die gemäßigte Linke beherrschten jedoch das Feld und zog die etwas zögernde Mitte der sogenannten «dorotei», zu denen auch der gegenwärtige Präsident der Republik Segni zu rechnen ist, mit. Es ging um die «Öffnung nach links», um eine neue politische Ausrichtung, in deren Rechnung die Unterstützung – vorläufig durch Stimmenthaltung – durch die Nenni-Sozialisten für eine Regierung gebildet aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Republikanern, einzubeziehen war.

Es gab hierfür ein allgemein politisches Motiv, die Erfahrung, daß die auf die Unterstützung der äußersten Rechten und Neofaschisten angewiesene christdemokratische Regierung Tambroni das Land an den Rand des Bürgerkrieges gebracht hatte. Der Versuch der Neofaschisten, nun auch auf der Straße und in der Öffentlichkeit wieder so aufzutreten, wie einst vor der Ergreifung der politischen Macht, führte zu einer spontanen Reaktion der breiten Volksmassen und blieb nicht ohne Rückwirkung auf das innere Gefüge der christdemokratischen Massenpartei. Ihre Linke war sowieso wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch von der eigentlichen sozialdemokratischen oder sozialistischen Zielsetzung kaum unterscheidbar. Arbeitnehmer und Mittelstand, nicht zuletzt auch Intellektuelle suchen der Lage des modernen Italiens gerecht zu werden. Man sucht hier die Überwindung der Überreste aristokratischer Einflüsse, feudaler Verhältnisse auf dem Lande, strebt nach einer modernen Entwicklungspolitik für den Süden des Landes und ist wirtschaftspolitisch ausgesprochen planwirtschaftlich eingestellt.

Niemand spricht in Italien etwa – wie in der deutschen Bundesrepublik – von Reprivatisierung staatlichen Eigentums. Im Gegenteil, das Ministerium für staatliche Beteiligung baut die Entwicklung des Wirtschaftssektors der öffentlichen Hand aus. Das große staatseigene Erdöl- und Erdgasunternehmen ENI wird auch nach dem Tode Matteis weiterentwickelt. Natürlich gibt es – und nicht wenige – Gegenkräfte innerhalb der Christdemokratischen Partei, die sich nicht so sehr in der offenen Auseinandersetzung als im subtilen Intrigenspiel bemerkbar machen. Als Senat und Parlament den Staatspräsidenten zu wählen hatten, waren diese Kräfte stark genug, nach unendlichen Wahlgängen die Wahl Segnis statt des Sozialdemokraten Saragat durchzusetzen. Dabei hatten sie natürlich die Unterstützung der Rechten, ein Schatten, der die Politik der Linken Mitte und nicht zuletzt die Beziehungen der Sozialdemokraten (PSDI) und der Christdemokraten eine Zeitlang trübte. Man spricht auch viel vom Einfluß kirchlicher Instanzen, die mit den italienischen Christdemokraten – wie allgemein bekannt – überaus eng verbunden

sind. Es ist wohl nicht nur der Einfluß des gegenwärtigen Papstes, der als Patriarch von Venedig dadurch auffiel, daß er einen Parteitag der Nenni-Sozialisten offiziell bewillkommte, der hier mäßigend wirkte. In Lateinamerika wie in Europa – ja sogar in Spanien – ist in den letzten Jahren das Bemühen der katholischen Kirche bemerkbar, nicht als Vertreterin eines erstarrten Konservativismus im politischen Leben zu erscheinen. Wenn kürzlich der Chefredaktor des vatikanischen «Osservatore Romano», F. Alessandrini, wieder einmal bestätigte, auch der demokratische Sozialismus könne von der Kirche nicht «getauft» werden, so läßt er doch sehr deutlich die Möglichkeit zu, daß christliche und sozialistische Parteien, die jede ihr Gesicht behält, zusammenarbeiten.

Inzwischen aber hat die «Linke Mitte» noch vor der Wahl ihre eigene Politik entwickelt. Dabei ging es um recht konkrete Dinge. Das Italien der sechziger Jahre, das Italien der industriellen Entwicklung, dessen Sozialprodukt eine Zuwachsrates aufweist, die der der Bundesrepublik Deutschland gleichkommt, braucht eine wesentlich höhere allgemeine Schulbildung. Sie soll durch eine Oberschule erreicht werden, die kürzlich vom Parlament beschlossen wurde und deren Besuch in den Bereich der allgemeinen Schulpflicht fällt. Sie wird eine Staatsschule sein. Daher gibt es natürlich klerikale Kreise, die sie ablehnen. Als Monsignor Staffa kurz vor Jahreschluß auf einer Versammlung von Arbeitnehmern kirchlicher Institutionen diese neue Oberschule angriff und ihre Schaffung als eine totalitäre Maßnahme bezeichnete, stand der christdemokratische Minister für Unterricht Gui auf und verließ den Saal. Bezeichnenderweise wurde das Gesetz bei der Beratung nicht nur von der Rechten, sondern auch von den Kommunisten angegriffen.

Noch betonter wurden die Konturen der Politik der Linken Mitte durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Nationalisierung der Elektrowirtschaft umrissen. Ihr Ziel ist Entwicklung und Koordinierung dieses in Italien besonders wichtigen Zweiges der Energiewirtschaft. Sie bedeutet einen starken Eingriff in die Privatwirtschaft – gewisse kleinere Unternehmungen und Selbstversorgungsanlagen sind ausgenommen – soll diese aber keineswegs in ihren Initiativen hemmen. Die Elektrowirtschaft wird also künftighin eine öffentliche Körperschaft bilden, deren Kontrolle und Initiativen ausschließlich der Regierung zukommt. Man könnte diese Maßnahme am ehesten mit der Nationalisierung der Kohlenbergwerke in Großbritannien zu Ende des Krieges vergleichen. Sie wird aber darüber hinaus die wichtige Aufgabe haben, wie in Österreichs staatlicher Elektrowirtschaft, den Ausgleich zwischen Produktion und Bedarf planmäßig für das ganze Land herbeizuführen.

Dann, zu Beginn des neuen, des Wahljahres, gab es so etwas wie eine Krise in der Politik der Linken Mitte, eine Krise, die allerdings schon über-

wunden ist. Zum programmatischen «Paket» der Linken Mitte gehörte auch der Ausbau der Regionen als autonome Gebietskörperschaften, wie sie die Verfassungsurkunde der Republik vorsieht. Es gibt in Italien bereits solche Regionen, die sogenannten Regionen mit Sonderstatut, die über eine erweiterte Autonomie verfügen. Um dem Separatismus zu begegnen, wurde bald nach dem Kriege das Sonderstatut für Sizilien, dann, aus anderen Gründen, ein Statut für Sardinien beschlossen. Auch Trient-Südtirol verfügt über eine eigene Verfassung als Gebietskörperschaft, dies aus nationalpolitischen Erwägungen, ebenso wie das Gebiet des Aostatales. Vor Torschluß wurde schließlich auch ein Sonderstatut für Friaul und das julische Venetien mit Triest beschlossen.

Worum es nun geht, ist die Aufteilung des Landes in sogenannte Regionen mit einfachem Statut, eine Maßnahme, die vorgesehen wurde, um den napoleonischen Zentralismus der italienischen Staatsverwaltung abzubauen und den Bürgern mehr Einfluß auf die Verwaltung in ihrem unmittelbaren Bereich zu geben. Natürlich gibt es da Widerstände. Von den Widerständen abgesehen, war es zu Jahresende 1962 klar, daß das umfangreiche Gesetzeswerk nicht mehr im Parlament vor den Wahlen beraten werden konnte. Man orakelte bereits in römischen Cafés und den Wandelgängen der Kammer, es könne nun zu einer Krise kommen. Nenni wolle Garantien haben. Vielleicht wollte er sich überhaupt vor den Wahlen von den Christdemokraten lösen, mit denen die PSI nicht durch eine Koalition verbunden war, sondern die man durch Stimmenthaltung oder Stimmabgabe für die Gesetze der Linken Mitte unterstützte. Auch in den Kreisen der Sozialdemokraten gab es Bedenken, denn die einstigen Gegensätze sind noch lange nicht alle vernarbt. Noch sind die Nenni-Sozialisten mit der kommunistisch geleiteten Gewerkschaftsorganisation<sup>1</sup> CGL stark verbunden, noch bilden sie in fast zweitausend Gemeinden des Landes Gemeindeausschüsse mit den Kommunisten, noch wird die kommunistenfreundliche Opposition gegen Nenni in seiner eigenen Partei auf etwa 42 Prozent geschätzt.

Die Lösung dieser Krise, die nicht zum Ausbruch kam, zeigte sich dann kurz vor der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit im Januar 1963. Nenni und sein junger Mann, Riccardo Lombardi, polemisierten zwar gegen gewisse Kreise der Christdemokraten, anerkannten jedoch die Arbeit der Regierung Fanfani und erklärten ausdrücklich, die PSI werde vor den Wah-

---

<sup>1</sup> In Italien existieren drei Gewerkschaftszentralen; die CGL vorwiegend unter kommunistischer Führung und dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen, die christlich orientierte und von katholischen Arbeitnehmerschüssen (ACLI) beeinflusste CISL sowie die akonfessionelle UIL, die vorwiegend von Sozialdemokraten und Republikanern geleitet wird. Die beiden letzteren Organisationen gehören dem IBFG in Brüssel an.

len keine Krise heraufbeschwören. Hierzu seien sie um so leichter in der Lage, als Sozialdemokraten und Republikaner versicherten, sie würden aus der Regierung austreten, wenn die Regionen in Frage gestellt würden.

Die Fronten im Wahlkampf, der im März oder April beginnt, sind daher grundsätzlich anders abgesteckt als jemals zuvor in den anderthalb Jahrzehnten der mehr oder minder konservativ regierten jungen italienischen Republik. Es geht um die Linke Mitte, seit Jahren das erklärte Ziel der Sozialdemokraten als Weg zur Neuorientierung italienischer Politik in einer Epoche grundlegender Wandlungen in Wirtschaftsleben und Sozialgefüge. Die offizielle Leitung der Democrazia Cristiana wird den Wahlkampf ebenso in diesem Sinne führen wie Sozialdemokraten, Republikaner und die Mehrheit der PSI. Damit werden die Christdemokraten zur Abgrenzung gegen die Rechte im eigenen Lager gezwungen. Nicht anders ergeht es Nenni und Lombardi in der PSI, deren kommunistisch orientierte Minderheit unter Vecchiotti bereits mit «Konsequenzen» gedroht hat. Diese Minderheit hat sich vor einiger Zeit parteiähnlich konstituiert. Sie ist also praktisch eine Partei in der Partei. Das ist aber in Italien keineswegs eine Neuheit. Zweifelsfrei auf längere Sicht dürfte jedoch sein, daß eine sozialistische Wiedervereinigung eine Trennung der PSI-Mehrheit von dem Vecchiotti-Flügel zur Voraussetzung hat. Erst dann wird man sagen können, daß es im sozialistischen und im Bereich der Arbeiterbewegung eine Alternative, eine Gegenbewegung zur Kommunistischen Partei Italiens gibt. Noch ist sie die stärkste kommunistische Massenorganisation diesseits des Eisernen Vorhangs und als solche unter der Führung der altgedienten Apparatschiki Togliatti und Longo stets und immerdar auf der jeweils in Moskau geltenden Generallinie. So konnte auch der chinesische Delegierte Tschoa auf dem letzten Parteitag der KPI im Dezember 1962 in Rom mit seinen heftigen Angriffen keinerlei Wirkung erzielen. Ob dieser interkontinentale ideologische Streit in der KPI Folgen hat, ist auch in Zukunft kaum anzunehmen. Dagegen dürfte die Neuorientierung der Nenni-Partei da und dort vielleicht Wirkungen zeigen, obwohl man in Rom in sozialdemokratischen Kreisen eher vermutet, daß die «Carristi» der PSI bei den Wahlen zu den echten Kommunisten abwandern.

Eines dagegen ist völlig klar: Mit der Linken Mitte hat eine neue Epoche der politischen Zeitgeschichte Italiens begonnen.